



## **Positionspapier AG 60 plus Oberhausen zur Landtags- und Bundestagswahl 2017**

Die AG 60 plus Oberhausen fordert für die im Jahr 2017 anstehenden Wahlen die Festlegung eines klaren sozialdemokratischen Programms „soziale Gerechtigkeit Zukunft gestalten“.

Hierzu gehören nach dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit insbesondere auf Bundesebene:

eine konsequente und verfassungsgerechte Reform der Steuergesetze<sup>1</sup> zur Steigerung des Aufkommens. Der sozialen Ungleichheit soll entgegengewirkt werden durch die

Abschaffung der Abgeltungssteuer als Sonderprivileg, Einführung einer Transaktionssteuer, Anhebung der Einkommensteuer für hohe Einkommen, Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer.

Die gesetzlich umlagefinanzierte Rente soll weiter durch den Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze<sup>2</sup>, durch die Einbeziehung der Selbständigen in das System und die schrittweise Übernahme der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt werden. Die Anhebung des gesetzlichen Rentenniveaus auf mindestens 50%, bei sinkenden Beitragszahlungen und gleichzeitiger Mindestanhebung der Preissteigerungsrate kann damit geleistet werden.

Die Finanzierung der Mütterrente und Rente aus Angehörigenpflegeleistungen ist allein aus Steuermitteln zu leisten.

Auf Landesebene ist die Mitwirkung und Mitbestimmung der Bürger zu stärken. Vorhandene Gesetze sind konsequenter umzusetzen.

Die Schaffung von Seniorenvertretungen ist als Soll-Vorschrift in die Gemeindeordnung aufzunehmen. Die auf Landesebene vereinbarten Personalschlüssel beim Kranken- und Pflegepersonal sind in den Einrichtungen einzufordern. Heimbeiräte in den stationären Einrichtungen sind zu fördern. Verstöße gegen das Wohn- und Teilhabegesetz sind zu ahnden.

Begründung:

Obwohl die SPD ihre Zusagen in Berlin im Koalitionspapier umsetzte (Mindestlohn, Rente mit 63, Mütterrente, mehr Erwerbsminderungsrente, Mietpreisbremse, Frauenquote, etc.), die CDU /CSU aber weitere Zusagen verhindert<sup>3</sup>, ist die Zustimmung zur Politik der SPD auf ein Niveau zwischen 20 und 25 % gefallen. Die Zustimmung kann nur durch klare Positionen verbessert werden, um bei den anstehenden Wahlen im Bund über 30 % und im Land eine Mehrheit zu erreichen.

Die Enttäuschung über die notwendigen Gesetze von Rot Grün, eingeleitet mit den „Hartz IV“ Gesetzen, hat sich bei vielen Bürgern der unteren und mittleren Schicht negativ ausgewirkt. Die Partei hat dies medial nicht positiv aufgearbeitet. Zum anderen fehlt es vielen Wählerinnen und Wählern an einer klaren politischen Linie der SPD, die sich deutlich insbesondere von der CDU abhebt. Die Auseinandersetzung mit den Forderungen, wie der AfD, ist argumentativ und lösungsorientiert aufzunehmen.

Die SPD muss an ihr sozialdemokratisches Profil anknüpfen und sich eindeutig positionieren, wenn sie verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen will. Soziale Gerechtigkeit durch Mitbestimmung und Mitwirkung ist unser Markenkern. Lasst uns gemeinsam dafür eintreten.

<sup>1</sup> [http://boeckler.de/63058\\_65771.htm](http://boeckler.de/63058_65771.htm)

<sup>2</sup> [http://boeckler.de/63058\\_63185.htm](http://boeckler.de/63058_63185.htm)

<sup>3</sup> <http://www.lokalkompass.de/duesseldorf/politik/cdu-will-rentenbeginn-an-lebenserwartung-koppeln-d660002.html>